

Neue Fakten in Sachen Agrarzentern: Das Kartenhaus des Promotors fällt zusammen

***Lëtzebuenger Natur- a Vulleschutzliga asbl.
Mouvement Ecologique asbl.
Natura asbl.
BUSNA asbl.***

Juli 2010

Neue Fakten in Sachen Agrarzentner: Das Kartenhaus des Promotors fällt zusammen

Am 9. Juli 2010 präsentierte „De Verband Group“ das Resultat einer sog. Strategischen Umweltprüfung (SUP) für die Auswahl des Standortes des neuen Agrarzentrums. Was nach außen hin als objektive Untersuchung dargestellt wurde, stellt de facto ein unseriöses Täuschungsmanöver der Öffentlichkeit dar, das stärkste Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Promotors selbst aufkommen lässt. Dass die Regierung dieses Vorgehen bis dato geduldet, ja sogar gefördert hat, ist nicht nachvollziehbar. Doch neue Fakten dürften die zuständigen Minister dazu zwingen, dem unwürdigen Spiel ein Ende zu bereiten und ihre politische Verantwortung zu übernehmen.

1. Chronologie einer Inszenierung

Der Promotor nutzt die Vorwahlzeit – die Politik lässt sich darauf ein

Bereits die Auswahl des Standortes und dessen Vorstellung in der Öffentlichkeit entbehrten jedweden fachlichen und auch demokratischen Grundregeln. So ist und bleibt es schlichtweg nicht hinnehmbar, dass im Hauruckverfahren innerhalb von 14 Tagen entschieden wurde, der Standort „In den Laengten“ bei Pettingen / Mersch sei der geeignetste Standort. Mit welchen Ködern zwei Minister und eine Staatssekretärin Mitte 2009 dann auch noch dazu bewegt werden konnten, sich kurz vor dem Wahltermin im Dienste der Promotoren vor die Kameras zu stellen - ohne vorausgehende fachliche und objektive Abwägung innerhalb ihrer Ministerien - bleibt ein Rätsel. Der für den sektoriellen Plan „Aktivitätszonen“ zuständige Wirtschaftsminister war eigenen Aussagen zufolge über diesen Schritt nicht informiert.

Die Politik überlässt dem Promotor die Regie

So tapfer die Regierungsvertreter vor den Wahlen waren, um sich vor die Presse zu stellen ... so missmutig reagieren sie dann aber im Folgenden auf Informationsanfragen und Kritiken in Bezug auf die Nicht-Konformität des Standortes zu Naturschutz- und Landesplanungskriterien: sie wären als Regierungsvertreter mit keinem Dossier befasst und könnten somit keine Stellungnahme abgeben. Auch die Aufforderung, dass die zuständigen Ministerien selbst - zur Gewährleistung der notwendigen Objektivität - die Verantwortung für die Auswahl des Standortes übernehmen sollten, blieb ohne Antwort. Dies ebenso wie Anfragen, ob denn eine Ansiedlung eines Betriebes an dem Standort nicht im Widerspruch zu Direktiven der Landesplanung sowie den Entwürfen der sektoriellen Pläne sei. Auch hier schienen alle (!) direkt zuständigen Ministerien – Nachhaltigkeit, Wirtschaft und Landwirtschaft – keine Antwortpflicht zu sehen. (Sic!)

„Wir spielen Scheindemokratie“

Weil sich nun aufgrund der entstandenen Opposition, die Wahl des Standortes doch schlecht vermitteln ließ, musste dann wohl doch etwas Demokratie gespielt bzw. vorgegaukelt werden. Zauberwort: Bürgerbeteiligung und strategische Umweltprüfung. Statt dass - wie z.B. für das Projekt „Luxlait“ - die Auswahl eines Standortes unter der Verantwortung des Landesplanungsministeriums erfolgte - berief nun der Promotor Ministerien, Gemeinden, Verbände und... einen „Bürgervertreter“ in eine Arbeitsgruppe „Umweltprüfung“. Dass hier keine Vorgaben der Regierung vorliegen (z.B. wo überhaupt Land verfügbar ist, betreffend die Richtlinien der Landesplanung)... störte die Promotoren wohlweislich nicht. Sie gaben selbst die Kriterien für die Prüfung vor... ein schönes Geschenk der Regierung an die Promotoren.

Die nationalen Umweltverbände Lëtzebuerger Natur- a Vulleschutzliga, Mouvement Ecologique und Natura sowie die Bürgerinitiative BUSNA beteiligten sich aus diesen Ursachen nicht an diesem unwürdigen Schauspiel. Dennoch werden sie im Pressedossier von „De Verband Group“ auf unverschämte – und lügnerische - Weise als „Beteiligte“ aufgelistet...

Ebenso wie ein „geisterhafter“ Bürgervertreter, den es scheinbar auch nicht gab (und wer bitte hätte diesen ausgewählt?) und der trotzdem Erwähnung findet.

Pervertierung der „Umweltprüfung“ im Sinne der Interessen des Promotors

Dass die sog. Umweltprüfung vom Promotor für seine Interessen regelrecht instrumentalisiert wurde – und somit keineswegs einer objektiven und unabhängigen Prüfung mehr entspricht – zeigen u.a. folgende Beispiele:

- Tendenziöse Auswahl der potentiellen Standorte

Erste Strategie: man begrenze auf unsachgemäße Art und Weise die zur Diskussion stehenden Standorte.

Im Rahmen der sog. Umweltprüfung wurden in der Tat nur drei Standorte miteinander verglichen (der vierte Standort sei an dieser Stelle ignoriert, es handelte sich um den aktuellen Standort im Zentrum von Mersch:

- „in den Laengten“ (Pettingen/Mersch) wo schon unterschriebene Absichtserklärungen (compromis) bzw. notarielle Kaufkontrakte seitens der Promotoren mit Eigentümern vorlagen, billiges Grünland ...;
- „an der Seif“, als regionale Aktivitätszone unweit der neuen Luxlait-Anlagen in der Gemeinde Bissen;
- „Jauchwiss“ in der Gemeinde Bissen.

Die Tatsache, dass der Promotor als potentielle Standorte somit nur eine begrenzte Anzahl in und um Mersch berücksichtigte, führte de facto die gesamte „Prüfung“ ad absurdum.

An sich hätten die Vertreter der Ministerien, die anscheinend als „stille Beobachter“ an den Sitzungen teilnahmen, spätestens zu diesem Zeitpunkt ihre „Präsenz“ aufkündigen und dem Trauerspiel der SUP ein Ende bereiten müssen.

- **Standortkriterien zu Recht gebogen**

Strategie 2: Die Kriterien zu Recht biegen, welche dem Vergleich der in der Auswahl stehenden Standorte zugrunde liegen sollen.

Es war z.B. bemerkenswert, dass die mathematische Mitte Luxemburgs (so die Erklärung für die Auswahl der Lage) bzw. eine Art Kirchturm-Argumente (wenn möglich Gemeinde Mersch) als ausschlaggebende Kriterien für mögliche Standorte genommen und somit andere Standorte bewusst aus der Vergleichsstudie ausgeschlossen wurden. Somit wurde die Seriosität der Studie von vornherein diskreditiert.

Die benötigte Fläche wurde im Rahmen der SUP um 33 % erhöht um andere Standorte von vornherein eliminieren zu können. Außerdem ist den Promotoren seit Monaten bekannt, dass BIOGros aus dem Projekt ausgestiegen ist, und somit die benötigte Standortfläche ebenfalls revidiert werden müsste.

Fast noch unverschämter aber ist das Vorgaukeln von Kriterien des Natur- und Landschaftsschutzes: Es solle nicht in ein Naturschutzgebiet gebaut werden, so z.B. die Vorgabe. Eine absolut überflüssige Bestimmung, dies ist rein rechtlich nicht möglich. Doch so gaukelt man vor, man habe eine lange Liste von Sachkriterien gehabt. Dass dabei reell wichtige Kriterien außen vor gelassen wurden - da sie eben nicht ins Konzept passten - wie z.B. die Kriterien der Landesplanung, wird dabei bewusst versucht, zu übertünchen. Oder aber die Frage der Anbindung (z.B. evtl. zusätzliche Unterführung unter der Nordstraße, die auf dem Standort „In den Laentgen“ erhebliche Probleme bereiten würde), wird entgegen den generellen Lastenheften zu SUP'S einfach ignoriert...

- **Man vermeide tunlichst den Impact auf die Natur vor Ort zu überprüfen**

... und die Kriterien, die dann noch Sinn machen, versucht man durch eine fachlich nicht korrekte Vorgehensweise implizit zu übergehen. Statt empirischer Daten z.B., also einer konkreten Überprüfung des Vorkommens geschützter Arten vor Ort, wird im Zwischenbericht der Umweltprüfung seitenweise Literatur zitiert... Natürlich zudem keine wirklich standortspezifischen, sondern eher Allgemeinplätze...

Dies nicht ohne Grund: eine direkte Begehung vor Ort hätte wohl dazu führen können, dass man den realen Naturschutzwert dieses Gebietes hätte erkennen müssen.

Wissenschaftliche Untersuchungen seitens der Umweltverbände vor Ort ergaben in der Tat u.a. die herausragende Bedeutung des Standortes als Ost-West-Wanderkorridor sowie als Revier der Wildkatze, wie auch als Teil eines Revierkomplexes des Raubwürgers. Die Bedeutung des Standortes als Lebensraum und als zentraler Wildkorridor konnte so zweifelsfrei nachgewiesen werden.

- **Das Resultat entspricht ... den Interessen des Promotors**

Dass somit der von den Promotoren von vornherein ins Auge gefasste Standort „In den Laentgen“ bei Pettingen / Mersch als der geeignete zurückbehalten wurde, hat somit keine Verwunderung ausgelöst. Wieso auch? Der gesamte Prozess war so organisiert, dass nur das von den Promotoren erwünschte Resultat herauskommen konnte. Man kann sagen: die teuren Studien haben sich gelohnt, sie haben das Resultat ergeben, das man wollte. ...

Dies zumal, wenn aber auch noch zum Schluss ein gänzlich neues Kriterium eingeführt wird, das eigentlich in einer SUP nichts zu suchen hat: der Baulandpreis. Somit wird aus einem Standort der Kategorie 1 ... eine Totgeburt, denn schließlich sind Landparzellen in der Grünzone billiger zu haben als in einer Industriezone...

Taubheit gegenüber Fachgutachten

Ins Konzept passt dann natürlich auch, dass Gutachten von Fachgremien im Naturschutzbereich ignoriert werden, und in keinsten Form Eingang in die Argumentation der Promotoren finden ... Warum auch staatlich eingesetzten Gremien Gehör schenken, wenn deren Aussagen störend sind?

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass neben dem «Observatoire de l'environnement naturel» auch der Oberste Naturschutzrat (Conseil Supérieur de la Protection de la Nature) sich gegen den Standort ausgesprochen hat: *“Le CSPN émet un avis négatif contre ce site, et plaide pour le choix d'un site alternatif conforme aux directives de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement naturel”*.

Dass der Promotor auf diesem Ohr taub ist, mag zum Teil nachvollziehbar sein. Dass aber die Regierung trotz dieser klaren Aussagen ihrer beratenden Gremien das Schiff weiterfahren ließ und nicht für eine Kurskorrektur sorgte, ist hingegen mehr denn befremdend.

2. Neue Fakten: Das Kartenhaus des Promotors fällt zusammen

- **Der Oberste Rat für Landesplanung stellt die Auswahlprozedur in Frage und spricht sich gegen den zurückbehaltenen Standort aus**

Ein zentrales neues Element in der Diskussion um den Standort, dürfte die Mitte Juni verabschiedete Stellungnahme des Obersten Rates für Landesplanung („Conseil Supérieur de l'Aménagement du Territoire“) sein, der sich – nach dem Obersten Naturschutzrat sowie dem „Observatoire de l'environnement naturel“ - nun ebenfalls in ungewöhnlicher Schärfe und bemerkenswerter Deutlichkeit gegen die Auswahlprozedur sowie den zurückbehaltenen Standort ausspricht (siehe [Anhang](#)).

- Was die Rolle des Promotors bei der Auswahl des Standortes anbelangt, so wird die gesamte Prozedur in Frage gestellt *„(...) il n'y a pas lieu de laisser un promoteur privé proposer un site qui correspond à une opportunité foncière.“*
- Auch was die Auswahlkriterien und die Konformität mit der Landesplanung betrifft, ist das Urteil des Obersten Rates vernichtend: *„ (...) le CSAT déplore l'absence de procédure claire pour le choix d'un site et constate que le site de Pettingen est contraire à la cartographie des coupures vertes proposées dans l'avant projet de plan sectoriel des grands ensembles paysagers et forestiers à protéger“*.
- Die Aufforderung an die Regierung im Sinne des Allgemeininteresses ihre Verantwortung zu übernehmen ist eindeutig: *„Le CSAT demande au ministre ayant l'aménagement du territoire dans ces compétences de se saisir du dossier pour proposer rapidement un site adéquat, conformément aux principes de l'aménagement du territoire et de la sauvegarde des espaces naturels.“*

Die eindeutige Stellungnahme des Obersten Rates für Landesplanung stellt nach Ansicht der nationalen Umweltverbände und der Bürgerinitiative BUSNA ein neues Faktum in der Diskussion dar, das nicht ignoriert werden kann.

Angesichts der massiven Argumente kommen Promotoren - und Regierung (!) - nicht mehr daran vorbei, ihre Vogelstrauss-Politik der vergangenen Monate zu beenden.

Dass nunmehr *alle* beratenden Organe (!) ein negatives Gutachten abgaben, muss schlichtweg dazu führen, dass die Regierung und vor allem die beiden Nachhaltigkeitsminister ihre Zustimmung zu dem Standort „in den Laengten“ nur verweigern können; es sei denn sie möchten die Glaubwürdigkeit der Regierung und ihres neu geschaffenen Super-Ministeriums in Frage stellen...

Der Promotor ignoriert ein Angebot für einen geeigneten Standort!

Mouvement Ecologique, Lëtzebuenger Natur- a Vulleschutzliga, Natura und Busna verfügen nunmehr über die Information, dass eine Immobilien- und Konstruktionsfirma dem Promotor „De Verband Group“ ein Angebot für Landparzellen - in der Größe der aus Sicht des Promotors erforderlichen Fläche - unterbreitet hatte.

Und mehr noch: Diese liegen sogar in einem der von der Umweltprüfung untersuchten potentiellen Standorte und zwar „in der Seif“ in der Nähe der neuen Luxlait-Anlagen und sind Teil einer regionalen Aktivitätszone. In dem Zwischenbericht der SUP wurde dieser Standort übrigens mit der Note (1) bewertet. Kein Wunder: ist er doch direkt verfügbar, hat eine gute Straßenanbindung, wäre sofort nutzbar ... und wohl auch konfliktfrei zu handhaben.

Er kommt ebenfalls aus der Sicht der nationalen Umweltverbände und der BUSNA durchaus in Frage.

Der „De Verband Group“ habe bisher dieses Angebot nicht beantwortet und hat dieses, wie der Pressekonferenz des Promotors vom 9. Juli 2010 zu entnehmen ist, nicht berücksichtigt! So die Fakten, die den Umwelt- und Naturschutzorganisationen sowie der Busna vorliegen!

Die Aussage, dass mit Ausnahme „in den Laengten“ andere Standorte nicht verfügbar wären, würde somit für den Standort „in der Seif“ nicht zutreffen!

In diesem Falle bliebe nur eine Erklärung: „De Verband Group“ hat dieses Angebot aus rein finanziellen Gründen nicht berücksichtigt, weil die Landparzellen des Standortes „in den Laengten“ in der „zone verte“ nun einmal billiger sind als jene in einer regionalen Aktivitätszone. Macht dieses Beispiel Schule, so werden auch andere Promotoren und warum nicht auch Privatleute in Zukunft in der Grünzone zu bauen versuchen, da hier halt andere Preise gelten als in ausgewiesenen Zonen eines kommunalen Bebauungsplanes...

Im Rahmen seiner Pressekonferenz hat „De Verband Group“ dies auch zugegeben und somit das ganze Gehebe um die sog. „Umweltprüfung“ als das entlarvt, was es ist: eine Vernebelungsaktion, um sein Vorhaben auf der „grünen Wiese“ - wie geplant - möglichst kostengünstig umzusetzen.

Es scheint auch so, dass was den dritten Standort der in der sog. Umweltprüfung untersucht wurde („Jauchwiss“) betrifft, in der Region sehr wohl bekannt war, dass dieser de facto nicht verfügbar sei und dass dies dem Promotor auch umgehend mitgeteilt wurde: nach der Devise: ersparen sie sich diesen Standort als Element der SUP, denn er ist nicht verfügbar. Dennoch wurde er weiter in die Vergleichsstudie einbezogen, wohl um den Anschein vorzutäuschen, es handele sich bei dem Ganzen um eine objektive Auswahl...

Man stelle sich dieses Zirkusspiel vor:

4 Standorte stehen zur Bewertung,

- davon kommt derjenige innerhalb von Mersch an sich überhaupt nicht in Frage,
- ein weiterer Standort wird tapfer untersucht obwohl die Promotoren sehr wohl wussten, dass er nicht verfügbar ist,
- ein dritter Standort der sehr wohl in Frage kommt, wird wegen finanzieller Eigeninteressen ausgeschlossen... und dann
- bleibt nur die ursprüngliche Version, die der Promotor sowieso wollte!

Damit wurde die strategische „Umweltprüfung“ zu einem Instrument der reinen Willkür in den Händen und für die Interessenvertretung des Promotors. Es ist und bleibt nicht nachvollziehbar, was die Regierung dazu verleitete, bis dato diesem Spiel zuzusehen.

3. Fazit: Allgemeines Interesse vor finanziellen Eigeninteressen eines Promotors: das Primat der Politik ist gefordert

„D’Lait si vum Promotor getäuscht ginn an d’Politik huet sech hirer Verantwortung bis elo entzunn“: so in etwa kann man - angesichts der Chronologie und der neuen Fakten - das gesamte bisherige Geschehen resümieren.

De facto haben die Regierung und im Besonderen die zuständigen Ministerien in unverantwortlicher Weise einem Privatpromotor die Regie eines Prozesses überlassen, dies **auf Kosten des Allgemeininteresses** und **im Gegensatz zu allen Richtlinien der Landesplanung und des Naturschutzes**.

Es kann und darf nicht sein, dass finanzielle Interessen eines Promotors - der zudem die Öffentlichkeit bewusst hinters Licht führt - ausschlaggebend sind für die Auswahl des zukünftigen Standortes eines nationalen Agrarzentrums! Umso mehr als hier der Finanzaufwand für eine eventuelle zusätzliche Unterführung der Nordstraße nicht berücksichtigt werden...! Würde sich ein solches schildhaftes Vorgehen durchsetzen, wären wir in Luxemburg auf dem Wege zu einer regelrechten „Bananenrepublik“ und man könnte die gesamte Landesplanung in dem Müllkorb der Geschichte entsorgen!

Die von der Regierung bisher geduldete Vorgehensweise des *privaten* Promotors geht ebenfalls **zu Lasten der Landwirtschaft**, in deren Namen der Promotor zu handeln *vorgibt*. Aufgrund seiner *finanziellen* Eigeninteressen (!) beharrt der Promotor seit Monaten auf einem landesplanerisch und naturschützerisch unvertretbaren Standort und zögert somit auf unverantwortliche Art und Weise eine konsensfähige Entscheidung hinaus!

Durch das eigennützige Verhalten der Promotoren ist eine fast ausweglose Situation entstanden, auf Kosten der Allgemeinheit *und* auf Kosten der Landwirtschaft.

Diese kann nur dadurch gelöst werden, dass die **Regierung und allen voran der Staatsminister sowie das** Ministerium für Nachhaltigkeit und Infrastrukturen sowie das Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium endlich **ihre Verantwortung übernehmen** und der eindeutigen Forderung des Obersten Landesplanungsrates entsprechen:

Das Primat der Politik muss sich gegenüber den Partikularinteressen eines Promotors durchsetzen! Es kann und darf nicht sein, dass der Staat sich weiterhin seiner diesbezüglichen Verpflichtung im Sinne einer nachhaltigen d.h. zukunftsorientierten Politik entzieht!

Die unterzeichnenden Organisationen werden sich jedenfalls mit allen politischen und rechtlichen Mitteln und mit der Unterstützung vieler engagierter BürgerInnen - auch aus der Gemeinde Mersch - mit aller Konsequenz dafür einsetzen.

Neben einer Unterredung mit den Nachhaltigkeitsministern Cl. Wiseler und M. Schank, haben die Organisationen Premierminister J.Cl. Juncker angeschrieben, um kurzfristig eine konsensuelle Lösung im Interesse der Landwirtschaft sowie der Landesplanung und des Naturschutzes herbei zu führen.

„*Videant consules ne quid res publica detrimenti capiat*“ ! (die Konsuln mögen zusehen, dass der Staat keinen Schaden nehme)

Lëtzebuenger Natur- a Vulleschutzliga asbl.

Mouvement Ecologique asbl.

Natura asbl.

BUSNA asbl.